

Vorschlag

Der Landesverband Brandenburg von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlägt vor,

den Petra-Kelly-Preis 2006

an die Bürgerinitiative FREIE HEIDE Kyritz Wittstock Ruppin

zu verleihen.

Die Bürgerinitiative hat das Ziel, die Errichtung eines Luft-Boden-Schießplatzes im Norden Brandenburgs zu verhindern.

Die Bürgerinitiative FREIE HEIDE erfüllt in einer beeindruckenden Einheit von Weg und Ziel mit ihren Aktivitäten bereits seit Jahren viele Kriterien des Petra-Kelly-Preises.

Die Verleihung des Petra-Kelly-Preises 2006 wäre eine Würdigung der nunmehr zehnjährigen Arbeit, hätte eine wichtige Öffentlichkeitswirkung und wäre ein Beitrag zur Verbesserung der finanziellen Situation der Bürgerinitiative, die sich ansonsten ausschließlich über Spenden finanziert.

Darüber hinaus hätte die Verleihung aber auch eine kaum zu unterschätzende Signalwirkung für die Zukunft. Die Bürgerinitiative FREIE HEIDE hat die Einrichtung eines Luft-Boden-Schießplatzes im Norden Brandenburgs über dreizehn Jahre verhindert - das Bundesverteidigungsministerium hält jedoch nach wie vor ungeachtet der immer noch wachsenden Proteste an seinen Plänen fest, .

Der Petra-Kelly-Preis wäre ein großartiger Beitrag auf dem Weg zu einer wahrhaft FREIEN HEIDE.

Die Bürgerinitiative FREle HEIDe hat das Ziel, die Einrichtung eines Luft-Boden-Schießplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide in Brandenburg durch die Bundeswehr zu verhindern, nachdem dieser Landstrich durch sowjetische Streitkräfte zum Truppenübungsplatz vergewaltigt wurde und über 40 Jahre lang militärisch in Mitleidenschaft gezogen wurde. In ihrem 13jährigen Kampf ist die Bürgerinitiative FREle HEIDe zum Sprachrohr einer ganzen Region gegen entsprechende Pläne des Bundesverteidigungsministeriums geworden.

Die Kyritz-Ruppiner Heide liegt in dem von Strukturschwäche geprägten Norden Brandenburgs inmitten einer malerischen Wald- und Seenlandschaft. Über vierzig Jahre lang war dieses ehemalige sowjetische „Bombodrom“ militärische Spielwiese für kalte Krieger, die hier für den heißen Krieg übten. Seit 1950 wurde durch die Rote Armee ein bis dahin ausschließlich forst- und landwirtschaftlich genutztes Areal durch Zwangsverkäufe und Enteignungen von Privatpersonen, Kirchen und Gemeinden schrittweise in Europas größten Luft-Boden-Schießplatz umgewandelt. Hinterlassenschaft war 40 Jahre später nach dem Abzug der GUS-Streitkräfte eine zerschundene Landschaft, die von Brandrodungen in den fünfziger Jahren, fast täglichen Bombenabwürfen mit scharfer Munition und diversen Manövern fast aller Waffengattungen gezeichnet war. Seit zehn Jahren kann sich die Natur im Gelände wieder erholen. Es ist eine in Größe und Schönheit einzigartige zusammenhängende Heidelandschaft entstanden, die gegen die Zerstörung durch erneute militärische Nutzung geschützt werden muss. Im Zusammenspiel mit den angrenzenden touristischen Perlen wie der Mecklenburger Seenplatte, der Ruppiner Schweiz aber auch der Kulturstadt Rheinsberg, bildet sie ideale Möglichkeiten eines greifbaren sanften Tourismus. Schon heute gehört die Region mit vielen einzelnen Projekten zu den aufstrebenden Tourismusregionen in Brandenburg. Tiefflug würde alle diese Anfänge mit einem Schlag zunichte machen. Die Menschen der Region haben 40 Jahre lang durch die militärischen Übungen in Angst und Schrecken gelebt und haben jetzt einen zumindest moralischen Anspruch auf eine friedliche Nutzung der Region.

Die Bürgerinitiative FREle HEIDe hat mit grundsätzlich gewaltfreien, äußerst phantasievollen Aktionen und innovativen Protestformen nicht nur bundesweit auf ihr Problem aufmerksam gemacht. Nachzulesen ist darüber in dem Buch „Bürgerinitiative FREle HEIDe Bombodrom – nein danke!“, in dem verschiedenste AkteurInnen und Akteure über ihre Ansichten, Erfahrungen und Erlebnisse im Zusammenhang mit der FRElen HEIDe berichten.

Neben fast 80 Protestwanderungen ist seit Jahren der von der Bürgerinitiative veranstaltete sogenannte Osterspaziergang mit mehreren tausend TeilnehmerInnen die eindrucksvollste Ostermarschveranstaltung in Deutschland. Die Wanderungen, die ihren Ausgang grundsätzlich mit einer geistlichen Besinnung in einer der Kirchen der Anliegergemeinden nehmen, enden meist an der ehemaligen Schießplatzgrenze.

Künstler der Region aber auch aus dem gesamten Bundesgebiet schufen mittlerweile diverse beeindruckende Mahnsäulen, die jeweils am Zielpunkt der Protestwanderungen als Denkmale feierlich enthüllt wurden und so eine bleibende Erinnerung an den Protest darstellen. Begleitet werden diese Feste an der Grenze des ehemaligen Bombodrom fast immer von vielfältigsten kulturellen Beiträgen. Mit dabei waren neben vielen deutschen und europäischen auch Künstler aus Kanada, Rußland, Afrika und Japan.

Es ist der Bürgerinitiative gelungen eine beeindruckende Verbindung von Protest und Kultur zu schaffen. Die FREle HEIDe konnte in den zehn Jahren ihres Bestehens eine Reihe von namhaften Persönlichkeiten für sich gewinnen, stellvertretend seien Dr. Dorothee Sölle, Jakob v. Uexküll oder Regine Hildebrand genannt, die in Redebeiträgen und Diskussionen die Bürgerinitiative unterstützten aber ihren Forderungen darüber hinaus auch bundesweit oder international Gehör verschafften.

Es ist ein Verdienst der Bürgerinitiative FREle HEIDe, die Forderung nach der zivilen Nutzung des 142 km² großen Geländes zu einem Kristallisationsprojekt der Friedensbewegung in Deutschland zu entwickeln.

Eine der Wurzeln der Bürgerinitiative FREle HEIDe liegt in den Bürgerbewegungen der ehemaligen DDR. Es ist ihr gelungen, das basisdemokratische Engagement des Jahres 1989 weiterzuentwickeln, demokratisches Einmischen erlebbar zu machen und Menschen dafür zu begeistern, sich

einzubringen. Die Bürgerinitiative stellt heute eine Bündelung vielfältiger engagierter Menschen aus den verschiedensten Bereiche lange schon nicht mehr nur aus der Region dar, die das gleiche Ziel eint.

Betrachtet man die Aktivitäten der Bürgerinitiative als eine Säule des Widerstands einer Region, gehört als zweite Säule des Widerstandes die Beschlusslage der Gemeindeparlamente der Anliegergemeinden und des Kreistages dazu, die mit diversen Beschlüssen die Forderungen der Bürgerinitiative zu ihren eigenen machten.

Die dritte Säule ist die juristische Auseinandersetzung, die die Problematik bis vor das Bundesverwaltungsgericht brachte. Hier unterlag die Bundesrepublik Deutschland vertreten durch das Bundesministerium der Verteidigung zwar, doch die politische Entscheidung auf Verzicht der umstrittenen Liegenschaft ist noch immer nicht erreicht.

Die FREIe HEIDe ist ohne Frage die Bürgerinitiative im Osten Deutschlands mit dem längsten Atem und hat bereits andere Menschen inspiriert ihren Forderungen nach dem Vorbild der FREIen HEI-De Ausdruck zu verleihen. Genannt seien die Bürgerinitiativen „Offene Heide“ in Sachsen-Anhalt oder „Freier Himmel“ in Mecklenburg-Vorpommern. Zu erwähnen ist aber auch die Vernetzung mit Bürgerinitiativen in Siegenburg und Nordhorn gegen die dortigen Luft-Boden-Schießplätze.

Ein Ergebnis der Friedenstätigkeit der BI FREIe HEIDe ist die jetzt neugeschaffene Pfarrstelle für Friedensarbeit durch die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg-schlesische-Oberlausitz. Diese Stelle wird ausschließlich durch Spendenmittel getragen werden. Einer der Schwerpunkte der Pfarrstellenarbeit wird die FREIe HEIDe sein. Diese Kooperation von Kirche und BI ist bislang einmalig.

Die FREIe HEIDe steht mit der Forderung nach Konversion als konkretem Beitrag zur Entmilitarisierung in der Tradition der Friedensbewegung, wie sie von Petra Kelly maßgeblich mit beeinflusst wurde.

Sie ist eine parteiübergreifende Initiative, die allerdings insbesondere von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mitgetragen und unterstützt wird. Die Forderung einer nichtmilitärischen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide ist Gegenstand mehrerer Beschlüsse von bündnisgrünen Bundesdelegiertenkonferenzen geworden und hat den Eingang in grüne Wahlprogramme gefunden.

Solche Wirkungen auf Bundespolitik aber auch Gespräche bei Politikern aller Parteien oder spektakuläre Aktionen am Sitz des Bundestages, verbreiten gerade bei jungen Menschen Zuversicht, sich politisch zu engagieren, Politik von unten mitzugestalten - im besten Sinne Demokratie zu leben.